

STATISTISCHES  
BUNDESAMT  
WIESBADEN

FACHSERIE **L**

# **FINANZEN UND STEUERN**

**Reihe 1**

**Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden**

**IV. Finanzausgleich**

**Allgemeine Finanzausweisungen und Umlagen  
der Gemeinden**

**1962**



Bestellnummer L 1/IV/1 - j 62

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

## Inhalt

	<u>Seite</u>
Vorbemerkung .....	3
Überblick über die Ergebnisse	
1. Einnahmen aus allgemeinen Finanzausweisungen .....	3
2. Einnahmen aus allgemeinen Umlagen .....	4
3. Ausgaben für Landesumlagen .....	5
Übersichten	
1. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Finanzausweisungen im Rechnungsjahr 1962 .....	7
2. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Umlagen im Rechnungsjahr 1962 .....	9
3. Einnahmen aus allgemeinen Finanzausweisungen 1956 bis 1962 nach Art der Gebietskörperschaften .....	10
4. Einnahmen aus allgemeinen Umlagen 1956 bis 1962 nach Arten .....	11
5. Ausgaben für Landesumlagen 1956 bis 1962 nach Ländern .....	11

Die Zahlen beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Stadtstaaten.

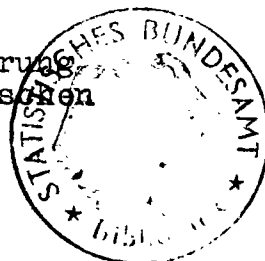
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Erschienen im September 1963

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Preis 0,50 DM

Ergebnisse der Länder in tieferer regionaler Gliederung werden in den "Statistischen Berichten" der Statistischen Landesämter mit der Kennziffer L I 2 veröffentlicht.



63.2556

Mit dem vorliegenden Bericht für das Jahr 1962 wird - in abgewandelter Form - die Veröffentlichung über allgemeine Finanzzuweisungen und Umlagen der Gemeinden und Gemeindeverbände fortgesetzt. Es handelt sich um Ergebnisse der Jahresjahresstatistik. Sie wurden zu Jahressummen zusammengefaßt, weil Vierteljahrszahlen über allgemeine Finanzzuweisungen und Umlagen in besonderem Maße den Zufälligkeiten der Wirtschaftsentwicklungen unterliegen und deshalb für eine Veröffentlichung wenig geeignet sind.

Bis 1959<sup>1)</sup> wurden die Ergebnisse der Vierteljahresstatistik über gemeindliche Finanzzuweisungen und Umlagen als Anhang der Berichte über kassenmäßige Steuereinnahmen<sup>2)</sup> veröffentlicht. Für 1960 und 1961 sind diese Zuweisungen und Umlagen nur in vereinfachter Form (zum Teil als Sollzahlen) ermittelt worden. Doch kann anstelle dessen auf die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik zurückgegriffen werden (s.unten).

Dargestellt sind im vorliegenden Bericht

1. die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus allgemeinen Finanzzuweisungen,
2. die Einnahmen der Bezirksverbände, Landkreise und der Ämter aus allgemeinen Umlagen,
3. die gemeindlichen Ausgaben für Landesumlagen.

In der Vierteljahresstatistik nicht ermittelt sind die verhältnismäßig geringen Ausgaben für allgemeine Finanzzuweisungen innerhalb des gemeindlichen Bereichs und die Umlageausgaben der Kreisangehörigen Gemeinden an Landkreise und Ämter. Kreisumlage und Amtsumlage werden in der Vierteljahresstatistik nur von der Einnahmenseite her ermittelt.

Zur Darstellung der Entwicklung enthalten die Übersichten 3 bis 5 des Berichtes neben den Kassenzahlen für 1962 rechnungsmäßige Angaben für die Vorjahre (Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik). Unbeschadet einiger Unebenheiten, die sich u.a. daraus ergeben, daß bei den kassenmäßigen Zahlen - anders als bei den Rechnungsergebnissen - die Beträge der Auslauffperiode evtl. erst im folgenden Jahre (also die Beträge der Auslauffperiode 1962 erst in den Zahlen für 1963) erscheinen, kommt die große Linie der Entwicklung gut zum Ausdruck.

### Überblick über die Ergebnisse

#### 1. Einnahmen aus allgemeinen Finanzzuweisungen

Im Jahre 1962 haben die Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebietes (ohne Stadtstaaten) insgesamt 3 618,5 Mill.DM aus allgemeinen Finanzzuweisungen vereinnahmt. Diese Zuweisungen stammen, von geringen Beträgen aus Gemeindemitteln abgesehen, von den Ländern. Die Länderfinanzzuweisungen fließen den kommunalen Haushalten im Rahmen des

1) Vgl. "Statistische Berichte", Arb.-Nr. VII/41/37.- 2) Jetzt zusammen mit den staatlichen Steuereinnahmen vierteljährlich veröffentlicht in Fachserie 2 "Finanzen und Steuern", Reihe 2.

sogenannten Steuerverbunds auf, der sich vor allem auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer (Artikel 103 Abs. 6 des Grundgesetzes), darüber hinaus aber auch - länderweise unterschiedlich - auf andere staatliche Steuereinnahmen erstreckt.

Das Kernstück der allgemeinen Finanzzuweisungen bilden die Schlüsselzuweisungen. Sie waren im Jahre 1962 mit 2 951,2 Mill.DM (81,6 %) am Gesamtbetrag beteiligt. Neben den Schlüsselzuweisungen erhalten die Gemeinden in besonderen F llen Bedarfszuweisungen (1962 mit insgesamt 100,5 Mill.DM nachgewiesen). Zur Erstattung von Grundsteuerausf llen infolge von Kriegszerstörungen und Demon-tagen gewähren die Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz besondere Grundsteuerausgleichs-Zuweisungen (im Berichtsjahr insgesamt 14,8 Mill.DM). Weitere Finanzzuweisungseinnahmen der kommunalen Haushalte in den verschiedenen Ländern sind statistisch als " brige allgemeine Finanzzuweisungen" nachgewiesen, 1962 mit insgesamt 551,7 Mill.DM (vgl. Übersicht 1). Zu diesem Betrag, der vor allem auf Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern entfällt, sind z.B. die L nderzusch sse für Auftragsangelegenheiten und zur Erstattung von Gewerbesteuer-ausf llen zusammengefaßt. Auch die Gegenposten zu den - verhältnismäßig geringen - Ausgaben für allgemeine Finanzzuweisungen im gemeindlichen Bereich sind hier enthalten. Es handelt sich insbesondere um Einnahmen niedersächsischer kreisangehöriger Gemeinden, und zwar in der Hauptsache um staatliche Zuschüsse für Auftragsangelegenheiten, die von den Landkreisen an die Gemeinden weitergegeben wurden.

Die allgemeinen Finanzzuweisungen bilden einen wesentlichen Teil des Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden. Die ansteigenden Einnahmen aus allgemeinen Finanzzuweisungen insbesondere in den letzten Jahren (vgl. Übersicht 3) zeigen, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände an der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen der Länder teilgenommen haben. Dazu haben neben dem Instrument des Steuerverbundes auch Änderungen der Finanzausgleichsbestimmungen beigetragen.

Von 1956 auf 1962 haben die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus allgemeinen Finanzzuweisungen um 212 % zugenommen (ohne Saarland berechnet). Sie haben sich also mehr als verdreifacht. Im einzelnen betragen die Zuwachsraten für diese Zeitspanne 141 % bei den kreisfreien Städten, 262 % bei den kreisangehörigen Gemeinden und Ämtern, 227 % bei den Landkreisen und 123 % bei den Bezirksverbänden. Besonders stark war die Zunahme in jüngster Zeit. Von 1961 auf 1962 sind die Einnahmen aus allgemeinen Finanzzuweisungen in der Bundessumme um etwa 40 % gestiegen.

1956 entfielen von der Summe der vereinnahmten allgemeinen Finanzzuweisungen 28 % auf die kreisfreien Städte und rd. 42 % auf die kreisangehörigen Gemeinden und Ämter. Bis 1962 hat sich dieses Verhältnis erheblich zugunsten der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter verschoben; auf sie entfallen jetzt rd. 50 %, auf die kreisfreien Städte dagegen rd. 21 %.

## 2. Einnahmen aus allgemeinen Umlagen

Dem "interkommunalen" Finanzausgleich dienen die innerhalb des gemeindlichen Bereichs geleisteten und vereinnahmten allgemeinen Um-

lagen. Es handelt sich um die Kreisumlage, die Bezirksumlage und die Amtsumlage. Im vorliegenden Bericht sind diese Umlagen, wie schon erwähnt, nur von der Bilanzansicht her dargestellt.

Nur die Kreisumlage, die ebenso wie die Amtsumlage von den kreisangehörigen Gemeinden gezahlt wird, kommt in sämtlichen Ländern vor, wenn auch unterschiedlich bemessen<sup>1)</sup>. Eine Amtsumlage haben nur die Länder mit Amtsverwaltungen (Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland) aufzuweisen. Bezirksumlage, die von kreisfreien Städten und Landkreisen an Kommunalverbände höherer Ordnung (Bezirksverbände) zu zahlen ist, wird nur in den Ländern Nordrhein-Westfalen (vor den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe), Hessen (vom Landeswohlfahrtsverband), Rheinland-Pfalz (vom Bezirksverband Pfalz), Baden-Württemberg (vom Württembergischen Landesfürsorgeverband und vom Landeskommunalverband der hohenzollerischen Lande)<sup>2)</sup> und Bayern (von den Bezirken Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben) erhoben.

Als kassenmäßige Umlageeinnahmen im Jahre 1962 wurden von den Landkreisen insgesamt 1 343,9 Mill.DM, von den Bezirksverbänden insgesamt 383,1 Mill.DM und von den Ämtern insgesamt 198,9 Mill.DM nachgewiesen. Gegenüber dem Vorjahr (vgl. Übersicht 4) erhöhte sich damit die Kreisumlage um 19 %, die Bezirksumlage um 18 % und die Amtsumlage um 3 %. Von der relativ großen Zunahme der Kreisumlage von 1961 auf 1962 in Höhe von rd. 214 Mill.DM entfallen allein 90 Mill.DM auf Baden-Württemberg. Diese starke Zunahme in Baden-Württemberg ist darauf zurückzuführen, daß auf Grund des dortigen Finanzausgleichsgesetzes ab 1962 statt der bisherigen Lehrerstellenbeiträge eine Schulumlage zu zahlen ist, die von den Landkreisen (und den kreisfreien Städten) nach ihren Steuerkraftsummen aufzubringen ist. Infolge des gestiegenen Umlagebedarfs sahen sich die Landkreise veranlaßt, die Hebesätze der Kreisumlage zu erhöhen.

Ein Vergleich mit 1956 zeigt, daß in der Bundessumme die Einnahmen aus Kreisumlage seitdem um 97 %, die Einnahmen aus Bezirksumlage um 89 % und die Einnahmen aus Amtsumlage um 67 % gestiegen sind (jeweils ohne Saarland berechnet).

### 3. Ausgaben für Landesumlage

Mit der sogenannten Landesumlage (und anderen Lastenanteilen) beteiligen sich kommunale Haushalte an der Finanzierung von Landesausgaben. Landesumlagen im hier betrachteten Sinne gibt es z.Z. in vier Ländern: Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern und Saarland. Dabei ist die saarländische Landesumlage eine Umlage besonderer Art (siehe unten).

In Niedersachsen leisten die kreisfreien Städte und die Landkreise einen Beitrag zu den Kosten des Landes auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege und des Straßenbaues. In Baden-Württemberg zahlen die kreisfreien Städte und die Landkreise in den Regierungsbezirken Nordbaden und Südbaden eine Umlage an die dortigen staatlichen Landesfürsorgeverbände (Landesumlage für Wohlfahrtspflege)<sup>2)</sup>. In Bayern entrichten

1) Bemessungsgrundlagen und Sollbeträge der allgemeinen Umlage der Landkreise werden in besonderen Berichten jährlich dargestellt (Fachserie L, Reihe 1/IV).--2) Ab 1964 Neuregelung vorgesehen (Gesetz über die Landeswohlfahrtsverbände vom 23.4.1963, Gesetzbl. für Baden-Württemberg, S. 35).

1

die Bezirke an das Land eine sogenannte Landesschulumlage. Bei der Landesumlage im Saarland handelt es sich dagegen um eine Finanzausgleichsumlage, die von den Gemeinden (Kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Stadt Saarbrücken) an das Land zu entrichten ist und deren Aufkommen der Schlüsselmasse der Gemeinden zugeführt wird. Die Landkreise sind an der Aufbringung dieser Umlage nicht beteiligt. Die Höhe der Finanzausgleichsumlage (der Umlagebedarf) bemißt sich nach bestimmten Lasten des Landes (Anteil an den persönlichen Schullasten usw.).

Für 1962 sind insgesamt 116 Mill.DM Landesumlageausgaben nachgewiesen. In Niedersachsen (mit rd. 35 Mill.DM) und in Bayern (26 Mill.DM) sind die Ausgaben für Landesumlage in den einzelnen Jahren von 1956 bis 1962 nahezu gleichgeblieben (vgl. Übersicht 5). Wenn die für 1962 nachgewiesenen Beträge für Landesumlage zum Teil etwas niedriger sind als im Vorjahr, so ist dies wohl darauf zurückzuführen, daß es sich bei den Zahlen für 1962 um kassenmäßige Angaben handelt (vgl. Vorbemerkung dieses Berichtes).

Übersicht:

1. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Finanzaufweisungen

im Rechnungsjahr 1952

a) Nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften

1 000 DM

Art der Finanzaufweisungen	zusammen	Schles- wig- Holstein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- Westfalen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland
Gemeinden und Gemeindeverbände									
Schlüsselzuweisungen .....	2 951 235	159 350	348 571	1 049 307	299 670	138 731	541 531	296 487	117 589
Grundsteuerausgleichzuweisungen und -ausfallentschädigungen .....	14 798	887	-	12 111	-	1 800	-	-	0
Bedarfszuweisungen aus dem Ausgleichstock (=fonds) .....	84 722	-	2 519	21 112	12 598	18 255	27 304	-	2 905
aus dem kommunalen Notstock .....	14 168	-	-	-	1 431	-	12 737	-	-
sonstige .....	1 639	-	-	-	-	1 492	-	147	-
Übrige allg. Finanzaufweisungen .....	551 740	4 614	109 834	288 766	3 000	12 782	23 574	107 384	1 765
Insgesamt .....	3 618 304	164 851	460 924	1 371 316	316 699	173 091	605 147	404 017	122 258
Kreisfreie Städte									
Schlüsselzuweisungen .....	533 226	33 845	56 164	280 442	60 913	10 618	61 067	30 177	-
Grundsteuerausgleichzuweisungen und -ausfallentschädigungen .....	12 499	809	-	10 080	-	1 610	-	-	-
Bedarfszuweisungen aus dem Ausgleichstock (=fonds) .....	15 990	-	200	9 081	2 829	1 922	-	-	1 958
aus dem kommunalen Notstock .....	11 340	-	-	-	-	-	11 340	-	-
sonstige .....	164	-	-	-	-	104	-	60	-
Übrige allg. Finanzaufweisungen .....	184 434	2 086	17 556	136 613	-	-	4	28 176	-
Insgesamt .....	757 652	36 740	73 920	436 216	63 742	14 254	72 410	58 412	1 958

1. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Finanzaufweisungen

im Rechnungsjahr 1962

a) Nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften

1 000 DM

Art der Finanzaufweisungen	zusammen	Schles- wig- Holstein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- Westfalen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Sachsen- Württemberg	Bayern	Saarland
Kreisangehörige Gemeinden und Ämter									
Schlüsselzuweisungen .....	1 614 339	72 413	174 491	495 607	129 688	87 833	384 032	160 810	109 457
Grundsteuerausgleichzuweisungen und -ausfallentschädigungen .....	2 299	79	-	2 031	-	190	-	-	0
Bedarfszuweisungen aus dem Ausgleichstock (-fonds) .....	65 101	-	2 319	11 390	7 944	15 718	26 984	-	746
aus dem kommunalen Notstock .....	2 828	-	-	-	1 431	-	1 397	-	-
sonstige .....	1 476	-	-	-	-	1 388	-	87	-
Übrige allg. Finanzaufweisungen .....	128 522	1 098	31 655	63 065	-	337	876	29 726	1 765
Insgesamt .....	1 814 566	73 590	208 465	572 092	139 063	105 466	413 289	190 623	111 978
Landkreise									
Schlüsselzuweisungen .....	670 619	53 092	117 916	140 207	109 069	40 280	96 433	105 500	8 122
Grundsteuerausgleichzuweisungen und -ausfallentschädigungen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedarfszuweisungen aus dem Ausgleichstock (-fonds) .....	3 631	-	-	641	1 825	645	320	-	200
aus dem kommunalen Notstock .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
sonstige .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige allg. Finanzaufweisungen .....	229 308	1 430	60 623	89 109	-	5 969	22 695	49 482	-
Insgesamt .....	903 558	54 522	178 539	229 956	110 894	46 894	119 448	154 982	8 322

1. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Finanzaufweisungen

im Rechnungsjahr 1952

a) Nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften

1 000 DM

Art der Finanzaufweisungen	zusammen	Schles- wig- Holstein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- Westfalen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland
Bezirksverbände									
Schlüsselzuweisungen .....	133 052	-	-	133 052	-	-	-	-	-
Grundsteuerausgleichzuweisungen und -ausfallentschädigungen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedarfszuweisungen									
aus dem Ausgleichstock (=fonds) ....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
aus dem kommunalen Notstock .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
sonstige .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige allg. Finanzaufweisungen .....	9 476	-	-	-	3 000	6 476	-	-	-
Insgesamt .....	142 528	-	-	133 052	3 000	6 476	-	-	-

b) Nach Art der Gebietskörperschaften/Gemeindegrößenklassen

1 000 DM

Art der Finanzaufweisungen	Gemeinden (Gv.) zusammen	Kreis- freie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter					Land- kreise	Bezirks- ver- bände
			zusammen	Kreisangehörige Gemeinden			Ämter		
				mit 10 000 und mehr	mit 3 000 bis unter 10 000	mit weniger als 3 000			
Einwohnern									
Schlüsselzuweisungen .....	2 951 235	533 226	1 614 339	375 067	423 375	813 796	2 101	670 619	133 052
Grundsteuerausgleichzuweisungen und -ausfallentschädigungen .....	14 798	12 499	2 299	1 508	383	408	-	-	-
Bedarfszuweisungen									
aus dem Ausgleichstock (=fonds) ...	84 722	15 990	65 101	11 053	16 319	37 717	12	3 631	-
aus dem kommunalen Notstock .....	14 168	11 340	2 828	1 217	565	1 025	-	-	-
sonstige .....	1 639	164	1 476	-	113	1 363	-	-	-
Übrige Finanzaufweisungen .....	551 740	184 434	128 522	43 373	30 779	34 628	19 742	229 308	9 476
Insgesamt .....	3 618 304	757 652	1 814 566	432 219	471 555	883 937	21 856	903 558	142 528

2. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Umlagen im Rechnungsjahr 1952

1 000 DM

Land	zusammen	davon		
		Bezirksumlage	Kreisumlage	Amtsumlage
Schleswig-Holstein .....	70 849	-	57 788	13 060
Niedersachsen .....	230 567	-	230 567	-
Nordrhein-Westfalen .....	650 765	170 100 <sup>1)</sup>	343 630	137 035
Hessen .....	189 487	49 062	140 425	-
Rheinland-Pfalz .....	105 696	2 267	72 021	31 408
Baden-Württemberg .....	288 367	25 678	262 689	-
Bayern .....	363 248	135 945	227 303	-
Saarland .....	26 871	-	9 440	17 431
Insgesamt .....	1 925 849	383 052	1 343 863	198 934

1) Ohne Ruhrsiedlungsverbandsumlage.

3. Einnahmen aus allgemeinen Finanzzuweisungen  
nach Art der Gebietskörperschaften <sup>1)</sup>

Art der Finanzzuweisungen	Rechnungsjahr <sup>2)</sup>													
	1956		1957		1958		1959		1960 <sup>3)</sup>		1961		1962	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Kreisfreie Städte														
Allgemeine Finanzzuweisungen insgesamt	314,1	28,0	360,3	27,2	382,7	25,6	353,9	23,0	325,9	21,1	591,9	22,9	757,7	20,9
darunter:														
Schlüsselzuweisungen .....	223,3	25,1	247,9	24,5	263,3	22,6	243,8	19,6	225,9	18,1	417,4	20,0	533,2	18,1
Kreisangehörige Gemeinden und Ämter														
Allgemeine Finanzzuweisungen insgesamt	469,8	41,9	567,9	42,9	672,7	45,1	741,5	46,9	792,5	51,4	1 272,9	49,2	1 814,6	50,2
darunter:														
Schlüsselzuweisungen .....	387,7	43,7	459,0	45,3	566,5	48,7	646,8	52,0	707,8	56,5	1 117,9	53,6	1 614,3	54,7
Landkreise														
Allgemeine Finanzzuweisungen insgesamt	273,5	24,4	330,3	25,0	371,9	24,9	409,4	25,9	370,8	24,1	625,9	24,2	903,6	25,0
darunter:														
Schlüsselzuweisungen .....	218,3	24,6	247,0	24,4	272,9	23,5	292,5	23,5	270,7	21,6	457,6	22,0	670,6	22,7
Bezirksverbände														
Allgemeine Finanzzuweisungen insgesamt	63,8	5,7	65,0	4,9	65,5	4,4	65,3	4,2	51,7	3,4	99,0	3,8	142,5	3,9
darunter:														
Schlüsselzuweisungen .....	58,8	6,6	60,0	5,0	60,2	5,2	61,3	4,9	46,7	3,7	90,8	4,4	133,1	4,5
Gemeinden und Gemeindeverbände														
Allgemeine Finanzzuweisungen insgesamt	1 121,2	100	1 323,5	100	1 492,8	100	1 581,1	100	1 540,9	100	2 589,7	100	3 618,3	100
darunter:														
Schlüsselzuweisungen .....	838,1	100	1 013,9	100	1 162,5	100	1 244,3	100	1 251,1	100	2 083,7	100	2 951,2	100

1) 1956 bis 1961 rechnungsmäßige, 1962 kassenmäßige Einnahmen. Ab 1960 einchl. Saarland.- 2) Ab 1961 gilt als Rechnungsjahr das Kalenderjahr.-  
3) Rundrechnungsjahr (1.4. bis 31.12.).

#### 4. Einnahmen aus allgemeinen Umlagen

nach Arten <sup>1)</sup>

Mill. DM

Art der Umlage	Rechnungsjahr						
	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
Bezirksumlage <sup>2)</sup> .....	203,0	217,7	250,7	270,3	221,7	325,8	383,1
Kreisumlage .....	677,9	751,9	848,9	920,1	770,2	1 129,5	1 343,9
Amtsumlage .....	108,5	125,2	139,8	145,1	135,5	193,4	198,9
Zusammen .....	989,4	1 094,8	1 239,3	1 335,5	1 127,3	1 648,7	1 925,8

1) Siehe Anmerkungen zu Übersicht 3.- 2) Ohne Ruhrsiedlungsverbandsumlage.

#### 5. Ausgaben für Landesumlagen

nach Ländern <sup>1)</sup>

Mill. DM

Land	Rechnungsjahr						
	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
Niedersachsen .....	34,7	34,7	34,7	34,7	26,0	34,7	35,0
Baden-Württemberg <sup>2)</sup> .....	7,1	7,7	12,1	15,8	10,2	15,8	18,5
Bayern .....	27,0	27,0	27,0	27,0	19,5	27,2	25,8
Saarland .....	-	-	-	-	35,1 <sup>3)</sup>	39,8	37,0
Zusammen .....	68,8	69,4	73,8	77,5	90,9	117,5	116,2

1) Siehe Anmerkungen zu Übersicht 3.- 2) 1960 auf 9 Monate, 1961 auf 12 Monate umgerechnet.- 3) 12 Monate (1.1. bis 31.12.).